

**Zeitschrift:** Der neue schweizerische Republikaner  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 1 (1800)

**Rubrik:** Gesezgebung

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Neues republikanisches Blatt.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Vand I.

N. LXIV.

Bern, 15. Februar 1800. (26. Pluviose VIII.

## Gesetzgebung.

Senat, 29. Januar.

(Fortsetzung.)

(Beschluß von Cart's Antrag über Zehnd- und Bodenzinse.)

Es ist dies das einzige Mittel, um gegen diese sowohl als gegen die ehemaligen Lehenherren gerecht zu seyn. In Hinsicht dieser letztern wird, ich gestehe es, die Gerechtigkeit nur unvollkommen seyn, allein ich sehe die Möglichkeit nicht, sie vollständig zu machen, und wenigstens wird ihr Schicksal erleichtert seyn.

Es ist keiner unter ihnen, denke ich, der Gewisheit nicht dem Zustande von Ungewissheit worin sie sich befinden, sichern Lebensunterhalt eitlen Hoffnungen, und ein Eigenthum freitigen Ansprüchen vorziehen wird.

Ich verlange, daß mein Antrag der Zehnercommission zur Untersuchung überwiesen, und sie eingeladen werde, beiden Räthen mit Beschleunigung einen Bericht über diesen Gegenstand zu machen.

Lüthi v. S. wünschte, daß bei solchen Anträgen der Weg, den Constitution und Gesetze vorschreiben, befolgt würde; wir haben keine Initiative zumal für Finanzgegenstände; der Vorschlag der Vollziehungsgewalt ist dazu unumgänglich nothwendig. Er möchte also von Cart's Vortrag nichts im Protokolle melden: die Motion, die sehr wichtig ist, kann der Commission der 10. auf andere Weise zu gestellt werden.

Cart. Allerdings vor dem 30. Dez. wäre diese Bemerkung richtig gewesen — aber damals schlug man uns unconstitutionalle Schritte vor: man schilderte die außerordentliche Lage der Republik; man schloß daraus, nur außerordentliche Maßregeln wären jetzt anwendbar: eine außerordentliche Commission aus beiden Räthen ward beschlossen, die mit dem Direktorium vereint, diese Maßregeln berathen und vorschlagen sollte. Vergebens wider-

setzte ich mich ihr aus allen Kräften. Ich hätte, um consequent zu seyn, vielleicht auch jetzt mit ihr nichts zu thun haben sollen. — Aber gerne opfere ich meine individuelle Meinung dem Wohl des Ganzen auf. Meine Motion ist den Grundsäthen, die die Commission nennen ließen, ganz angeimessen.

Lüthi v. S. Wenn Cart nicht einen Bericht von der Commission verlangt hätte, so wäre gegen die Rückweisung nichts einzuwenden.

Cart. Ich kann den 7ten Jan. nicht aus den Augen verlieren; ich bin mit diesem großen Beispiel gegangen — was damals geschah, glaubte ich, könne wieder geschehen. — Die Commission der 10 berichtete damals beiden Räthen zu gleicher Zeit. — Ich habe meinen Antrag auf beunruhigende Nachrichten gemacht, von denen ich jetzt nichts mehr sagen will — über die der Vollziehungsausschuss indes auch unverrichtet ist. Ich bestehe übrigens auf der verlangten Form nicht, und übergebe dem B. Bay zu Handen der Commission meinen Antrag.

Bay. Nicht individuelle Ansichten, sondern die Stimme des Volks und der Welt werden über den 7. Januar urtheilen. Cart's Motion gründet sich auf die traurige Wahrheit, daß das Volk mit ungeheuren Lasten gedrückt ist; — aber das Volk der Kantone, wo Zehnden und Bodenzinse unter dem Werth losgekauft wurden, hat sich gewiß nicht mehr zu beklagen, als das Volk anderer Kantone; Cart's Antrag scheint sehr billig zu seyn, indessen ist es schwer, fogleich über einen solchen Gegenstand einzutreten; derselbe würde am besten geradezu an den Vollziehungsrath gewiesen, der wirklich mit einem neuen Finanzplan beschäftigt ist.

Pettolaz wundert sich, daß man einen so wichtigen Antrag nun heute durch die Constitution und die Gesetze beseitigen will. Wann die Absichten derer, die im großen Rath die Commission der Zehn vorschlugen, rein waren, so wird diese Commission nicht anstehen, einen so wichtigen Gegenstand in Berathung zu nehmen. Das Direktorium hat die Initiative für Finanzgegenstände, aber wenn seit anderthalb Jahren die vollziehende Gewalt schweigt, wenn in einer so dringenden Angelegenheit nichts ges-

schicht, so wird es Pflicht jedes Repräsentanten, die in Bremgarten begehrten Erlaubniß, ihre Gesellschaftsstellvertretung der Nation um ihre Dazwischenkunst anzusprechen. Er will den Vorschlag der Commission zuweisen, und diese beauftragen, uns Bericht abzustatten.

Lüthard hat sich über die Errichtung der Zehnercommission hauptsächlich darum gefreut, weil sie ein gesetzlicher Weg für Mittheilung der schaffenden Gedanken, die im Senat vorgetragen werden mögen, an den großen Rath ward; er stimmt also gerne zur Verweisung von Cart's Antrag an die Commission.

Muret findet mit Cart, daß es von der ersten Wichtigkeit ist, gewisse Gegenden, in Hinsicht der Behenden und Feodallasten, zu beruhigen. Es fragt sich, ob die Uebersendung des Antrags an die Commission der Zehner constitutionell seyn? — Wenigstens ist diese Hinweisung ganz im Geiste, der die Errichtung der Commission verlangte. — Wann die Commission selbst unconstitutional ist, dann ist freilich auch alles, was man ihr überträgt, und ihre sämtlichen Berichtungen unconstitutional; ist das Gegentheil, so wird es auch diese Hinweisung nicht seyn. Er stimmt zur einfachen Verweisung an die Commission.

Cart vereinigt sich mit der einfachen Uebersendung an die Commission.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Beschluz wird verlesen und angenommen, der den Bezahlungsetat der besoldeten Truppen der Republik vom 26. Wintermonat 1799 dahin abändert, daß die Bataillonschefs der Artillerie von jetzt an drei Nationen Lebensmittel, und eben so viel an Futter, hingegen die Bataillonschefs der Infanterie deren nur zwei zu beziehen haben.

Grosser Rath, 30. Januar.

Präsident: Desloes.

Auf Blattmanns Antrag erhalten die B.B. Häflicher und Leu, Pfarrer von Hochdorf und Eschenburg im Kanton Luzern, die Ehre der Sitzung.

Escher, im Namen der Bergwerkscommission, trägt statt des ihr zurückgewiesenen 4. §. ihres letzten Gutachtens, folgenden neuen § vor, der ohne Einwendung angenommen wird: „§ 4. Jeder Eigenthümer, dem durch den Betrieb eines Bergbaues an seinem Eigenthum Schaden zugefügt wird, soll von dem Besitzer des Bergbaues nach einer gerechten Schätzung vollständig entschädigt werden, ehe die Arbeit, die zu dieser Entschädigung Anlaß giebt, unternommen werden darf.“

Die beiden letzten §§ des gleichen Gutachtens (S. Sitzung des grossen Rathes vom 25. Januar) werden ebenfalls ohne Einwendung angenommen.

Die Körperschaften von Crispini und Crispiniiani

gut theilen zu dürfen.

Beutler sieht keine Schwierigkeiten in der Entsprechung dieser Bitte, doch da hierüber eine Commission niedergesetzt ist, so fordert er Verweisung an dieselbe, mit dem Auftrag, in 4 Tagen ein Gutachten vorzulegen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Die Versammlung bildet sich in geheime Sitzung. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhält Secretan für 14 Tage Urlaub.

Durch geheimes und absolutes Stimmenehe wird Huber zum Präsidenten, und Ammann zum deutschen Sekretär ernannt.

Zu Stimmzählern werden Pozzi und Suter ernannt.

Der Senat verwirft den Beschluz über die Organisation des Völzleungsausschusses, der an die Commission zurückgewiesen wird.

Senat, 30. Januar.

Präsident: Keller.

Lüthard's Bericht, über die Art, wie die Constitutionsvorschläge discutirt werden sollen, wird in Berathung genommen. (Er ist abgedruckt in St. 61.)

Kubli sorgt, diez Commission auf Commissionen häufen, werde uns in Ewigkeit zu keinem Resultat führen; wenn man die Sache in die Länge ziehen will, so ist der Vorschlag zweckmäßig; wer bürgt uns, daß die jetzt zu ernennende Commission einig seyn wird? sie wird es nicht seyn: wir müßten denn so glücklich seyn, eine solche, wie die Zehnercommission ist, zu treffen. Ferners ist der Senat in seinen Berathungen zu sehr beschränkt, indem keine neuen Motionen angenommen werden, nachdem die allgemeine erste Discussion über einen Titel geschlossen ist. Er glaubt, die Constitutionscommission hätte sich in allem vereinigt, außer über das Landgeschworenengericht; also sollte der Senat hierüber absprechen: will man wählbare Bürger und das Landgeschworenengericht, auch größere Abtheilungen als die Bezirke sind? Hernach kann die Sache an die Constitutionscommission, die sich alsdann vereinigen wird, zurückgewiesen werden. Freilich bei den ehemaligen Regierungen wollte man oft das Reden einschränken, durch Bestimmung, wie und wann man reden, und wann nicht reden darf; allein das soll bei uns nicht angehen.

Erauer. Wir wollen alle baldige Beendigung der Discussion. Der Vorschlag der Commission scheint freilich den Senat etwas einzuschränken, allein es muß doch Ordnung in den Gang dieser Arbeit gebracht werden. Er möchte den Bericht Artikelweise behandeln lassen.

Kubli wiederholt seine Meinung.

Meyer v. Arb. stimmt Rubli bei, und will erst entscheiden lassen: ob man das Landgeschwornengericht annehmen will. Es thut ihm sehr leid, daß die Commission von den vom Senat bereits angenommenen Grundsäzen abgewichen ist; ohne dies wäre die Arbeit viel leichter vor sich gegangen. Er will sich wenigstens keine neuen Kantone mehr aufbinden lassen.

Erauer. Der Senat ließ der Commission of fenes Feld, die Eintheilung in Bezirke und Biertheile ausgenommen, und diese hat die Commission beibehalten.

Badoux. Wir sollen kein vernünftiges Mittel das die Beschleunigung bewirken kann, verabsaumen; aber um zu wissen, ob der Senat die wählbaren Bürger und das Landgeschwornengericht annehmen will, muß nothwendig das Ganze im Zusammenhang untersucht und geprüft werden. Gegenwärtig gestehe ich gerne, daß ich mich noch nicht im Stande fühle, zu urtheilen; eben dazu ist die Euch vorge schlagene Commission nothwendig, und ich stimme dazu; könnte aber nicht leicht, wenn wir den Vorschlag der Majorität annehmen würden, der große Rath die Grundsäze desselben verwerfen? Er möchte also, wann wir entschieden haben, daß eligible Bürger und ein Landgeschwornengericht seyn sollen, darüber einen besondern Beschluss an den großen Rath senden. Aus der Verwerfung desselben würde aber dann nicht folgen, daß der Entwurf der Minorität anzunehmen wäre, sondern alsdann würden wir uns ohne Entwurf befinden. — Wir müßten nach dieser Verwerfung die Majorität der Constitutions commission zu einer neuen Arbeit aussodern, und hernach zwischen dieser und der Arbeit der Minorität neue Wahl treffen.

Mittelholzer glaubt, er müsse wieder einmal der Meinung Rublis beistimmen; er findet keine Commission nothwendig, um über die Priorität zu entscheiden; die Vorreden der Majorität sowohl, als der Minorität geben darüber hinlangliches Licht. Morgen sollte der Senat über Rublis Vorschlag eintreten; hernach stimmt er Badoux wegen der vom gr. Rath einzuholenden Zustimmung bei.

Cart fühlt sich noch nicht gehörig genug aufgeklärt — zumal der Bericht der Minorität in französischer Sprache noch nicht ausgetheilt worden.

Bundt möchte fünfzig immer den niederzusehenden Commissionen die Grundlagen bestimmen, auf die sie arbeiten sollen. Heute oder Morgen muß entschieden werden, ob wir Helvetien in Landschaften, oder wie schon beschlossen, nur in Bezirke theilen wollen? dann, ob man ein Landgeschwornengericht haben will? — Wäre dies angenommen — Dann möchte ich die Majorität fragen: wie sie zum erstenmal das Landgeschwornengericht ernennen lassen will?

Schneider. Man verirrt sich auf Nebenwege und bleibt nicht bei dem Bericht der Commission. — Er glaubt mit Rubli eine neue Commission über die 3 Constitutionsvorschläge würde uns nirgendswohin führen — da dennoch jedes Glied des Senats seine Stimme dazu frei geben soll.

Lüthard. Wir müssen beim Reglement blei ben — der Rapport der Commission enthält 3 Punkte. Rubli macht eine Ordnungsmotion, über die erst entschieden seyn muß: er möchte darüber zur Tagesordnung gehen.

Augustini. Wir wollen alle die Ochs-Neus belsehe uns aufgedrungene Constitution sobald mög lich beseitigen. Er stimmt Rubli, Mittelholzer und Badoux bei — Eine Commission wäre sehr überflüssig; dieselbe möchte uns sagen was sie wollte, keiner von uns würde sich dadurch eines andern bereden lassen, als er schon entschlossen ist.

Fuchs ist gleicher Meinung und möchte Samstag über die angegebenen Grundsäze in Discussion treten.

Ueber Genhards und Pettolaz Anträge (S. S.) geht man zur Tagesordnung.

Die Commission wird verworffen.

Rubli's Antrag wird angenommen; am Montag soll die Discussion über die Wählbaren Bürger und das Landgeschwornengericht eröffnet werden.

Erauer will nun den Modus der Discussion berathen lassen.

Der Präsident bemerkt, daß dies so lange ver taget bleibt, bis über die angezeigten Grundsäze entschieden ist.

Der Beschluss wird verlesen und angenommen, der den gesetzwidrigen Verkauf der Nationalgüter in der Gemeinde Dornach betrifft.

Meyer v. Arau möchte in der Canzlei des Senats ein besonderes Buch und Uebersicht aller Verkäufe von Nationalgütern, und aller der vollziehenden Gewalt bewilligten Gelder einrichten und führen lassen. — Dieser Antrag wird angenommen.

Badoux wird zum Präsident, Obmann zum deutschen Secretär, Zulauf und Rothli zu Saalinspektoren erwählt.

Großer Rath, 31. Januar.

Präsident: Huber.

Umann im Namen einer Commission zeigt an, daß sich dem Verbalprozeß der Wahlversammlung des Kantons Thurgau zufolge nichts Gesetz- oder Constitutionswidriges in diesen Wahlen vorsude, daß er darauf anträgt, diesen Verbalprozeß dem Senat mitzutheilen.

Esher kann diesem Gutachten nicht beistimmen, weil es nicht genügt dieses Protokoll dem Senat mitzutheilen, sondern wenn nichts Gesetz- oder Cons

situationswidriges vorfiel, die Wahlen für gültig erklärt werden müssen.

Armann beharret, weil die Wahlen an sich selbst gültig sind, wenn sie weder gesetz- noch verfassungswidrig sind.

Escher beharret, weil die Wahlen des Thurgaus auf gleiche Art für gültig erklärt werden müssen, wie die Wahlen aller übrigen Wahlversammlungen, denn sonst sind die gewählten Beamten nicht sicher, ob nicht noch Einwendungen gegen ihre Erwählung gemacht werden.

Carraud glaubt, einige dieser Wahlen seyen auf andere Art behandelt worden, er fodert also auch hier diejenige Behandlung, welche die früheren erlitten.

Die Fortsetzung folgt.)

### Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution vom 7ten Januar.

In der Morgenßßung des Direkt. am 7. Jan. schil- derte der Präsident Dolder in einem schriftlichen Vor- trage die jammervolle Lage des Vaterlandes. Er dekte die Hauptquellen des Elendes auf, und gab Vorschläge zu Heilsmiteln. Unter jene zählte er die Ueber- schwemmung des helvetischen Bodens durch auswär- tige Truppen, und das leidige Schicksal, das Hel- veticen zum Schauplatze des Krieges gemacht. Be- treff der Hilfsmittel erklärte er freimüthig, daß sie keineswegs in der Macht des Vollziehungsdirekto- riums lägen, indem ihm das öffentliche Zutrauen gänzlich fehle, und die höchst nothwendige Harmo- nie zwischen ihm und der Nationalversammlung auf- gelöst sey. „Zudem, sagt er, gab die Geschichte, vom 9. Dez. dem Daseyn des Direktoriums einen tödlichen Streich; und am 10. Dez. erhielt ich von Paris ein Schreiben, das von den am Tage zuvor bereits vorgeschlagenen Maasnahmen sprach, so wie auch von einigen andern Entwürfen \*; die gleiche Sache erwähnten auch andere Briefe von Zürich, Lausanne u. s. w.“ — Nach offenem und redlichem Eingeständnisse, daß es dem Direktorium an hinreichenden Mitteln gebreche, zu helfen, zu retten, und zu heilen, stellte B. Dolder die Noth- wendigkeit vor, die Zügel der Regierung in andere Hände zu legen. Formlich machte er seinen Collegen den Vorschlag, ihre Enthaltung bei dem gesetzgebenden Corps einzugeben, und überreichte hiezu wiflich den Entwurf zu einer Volkschaft.

Ueber diese Motion schlug Oberlin einfache

\* Einer von diesen Entwürfen hatte zur Absicht einige Glieder des Direktoriums und mehrere der Gesetzgebung auf eine lissige oder gewaltthätige Weise zu beseitigen.

Tagesordnung vor, und Laharpe erklärte, daß es zur Abtretung seiner Stelle bereit sey, sobald man nichts mehr von der Olygarchie zu fürchten habe; sobald man Maasnahmen ergriffen, um der neuen Regierung mehr Kraft und Unabhängigkeit zu verschaffen, als bisher das Direktorium hatte. Zugleich aber bestritt er Dolders Vorschlag mit Nachdruck, indem er sich bemühte die Existenz einer östreichischen Parthei zu beweisen, die auf den Umsturz der Republik abzielen, und die alte Olygarchie und den alten Föderalismus unter einigen Beschränkungen wieder einführen wollen.

Der B. Savary trat auf die Seite des Präsidenten, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Direktoren das Zutrauen nicht besaßen, um mit glücklichem Erfolge regieren zu können.

Der B. Secretan wollte, ohne dem Vorschlag des B. Dolder beizustimmen, gleichwohl durch eine Volkschaft den gesetzgebenden Rathen er- klären, daß das Direktorium entschlossen sey, seine Gewalt niederzulegen, sobald sie öffentlich werden erklärt haben, daß sie die neue auf Freiheit und Gleichheit gegründete Ordnung der Dinge aufrecht erhalten, und befestigen wollen.

Da die B. Laharpe und Oberlin dieses Amendement verworfen, so blieb es, wie selbst die Motion des Präsidenten, ohne allen Erfolg. Wäre diese angenommen worden, so hätte wahrscheinlich die Begebenheit des 7ten Jan. eine ganz andere Wendung genommen.

### Verichtigung.

In St. 61. S. 242. Sp. 1. Z. 14. von unten. Das Ende dieses Abschn. von Anderwerths Meinung, muß gelesen werden, wie folgt:

„Dass jedem Rath 3 Tage zur Berathschlagung eingeräumt worden wären, während welcher Zeit jedes Mitglied der Rath seine Einwendungen hätte anbringen können, welche von eigens ernannten Mitgliedern der vereinigten Ausschüssen hätten beantwortet werden, und dann der vorgelegte Entwurf durch geheimes Stimmenmehr angenommen, oder verworfen werden müssen. Dem Vernehmen nach fanden derlei Vorschläge beim Senat keinen Beifall; möge derselbe zweckmäßiger entdecken, und ich mich in meiner mir äusserst schmerzlichfallenden Besorgniß irren, daß wir, wenn sich das gesetzgebende Corps nicht entschließen will, den Constitutionsentwurf vor seiner Berathschlagung durch solche vereinigte Commissionen vorher debattieren zu lassen, wie uns nicht sobald über die neue Constitution vereinigt haben werden, als es die bedrängte Lage unseres unglücklichen Vaterlandes und der laute Wunsch des han- tischen Volkes fordern.“